



Martin Brunner

Schulpsychologie und Kostenexplosion bei der integrativen Schulung

Kein Generalverdacht – aber Mitverantwortung

Der Sachverhalt ist unbestritten: Die Kosten, vorab im Bereich der integrativen (Sonder-) Schulung, sind stark angestiegen, ohne dass parallel dazu diejenigen in separativen Settings im gleichen Umfang zurückgegangen wären. Dieses Phänomen wird in ähnlicher Weise in der ganzen Deutschschweiz beobachtet. In diesem Zusammenhang sind die Schulpsychologischen Dienste, die vornehmlich für Diagnostik und Indikationsstellung zuständig sind, unter Generalverdacht geraten: Sie trügen wesentlich zu dieser Entwicklung bei, indem sie forderndem Druck der Eltern nachgäben, unklare Kriterien zur Indikationsstellung hätten, und kein angemessenes Kostenbewusstsein reflektierten.

Dem Autor ist es ein aufrichtiges Anliegen, zur dringend nötigen Steuerung in der Sonderschulung beizutragen. Gegen den erwähnten Generalverdacht führt er allerdings die folgenden Überlegungen ins Feld.

Das Angebot steuert die Nachfrage

Diese betriebswirtschaftliche Binsenwahrheit lässt sich im Bildungswesen an zahlreichen Beispielen zeigen: Sobald ein neues Gefäss zur Verfügung gestellt wird, wird es auch genutzt, und zwar zusätzlich, nicht anstelle von.

Nach kurzer Zeit platzen die neuen Angebote aus den Nähten und generieren weitere Nachfrage. Beispiele¹ der jüngeren Zeit sind Spezialangebote wie Timeouts, Tagessonderschulen für Verhaltensauffällige, die Möglichkeit der ambulanten heilpädagogischen Unterstützung im erweiterten Niveau der Sekundarstufe oder – prominent – die Möglichkeiten der integrativen (Sonder-) Schulung. Damit ist nichts gegen diese erwähnten Angebote gesagt! Die Schlussfolgerung daraus ist aber, dass kostenneutral keine neuen Angebote geschaffen werden können, ohne dass nicht gleichzeitig bisherige abgebaut werden. Daraus sind folgende Schlüsse zu ziehen:

- Kostenneutralität ist nur mit Kontingentierung möglich.
- Wo das Angebot knapper ist als die Nachfrage, sind – unterstützt durch die Schulpsychologie – selektionsdiagnostische Überlegungen und Kriterien systematisch einzubeziehen.

Überhöhte Leistungsorientierung steigert die Aussonderung und erhöht die Förderbedürfnisse

Die gesellschaftliche Anforderung an die Schule, mehr Wissen zu vermitteln und weniger zu erziehen hat Wirkung gezeitigt: Insbesondere auch jüngere und Fach-Lehrkräfte betonen die leistungsbetonte Wissensvermittlung als schulisches Kerngeschäft. Gleichzeitig registrieren wir bei der Elternschaft eine steigende Angst, ihre Kinder könnten in der Sekundarstufe womöglich nicht progymnasiales Niveau erreichen, und sogar das erweiterte Niveau wird teilweise bereits als problematisch erlebt (vgl. Kasten). Das Grundniveau ist vielerorts, und vorab in «gehobeneren» Wohnregionen, ein No-Go. Beides – leistungsbetonte Wissensvermittlung und elterlicher Anspruch auf mindestens erweitertes Sekundarschulniveau – wirken in dieselbe Richtung: Sie führen dazu, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler die (überhöhten) Anforderungen nicht mehr erreichen und bei Lehrpersonen wie Eltern zusätzliche Förderbedürfnisse hervorrufen. In Gegenden, die integrativen Lösungen skeptisch gegenüber stehen, führt dieser Mechanismus auf Seiten der Schule zu Ausson-

¹ Die Beispiele beziehen sich ursprünglich auf basellandschaftliche Verhältnisse, welche den Auslöser für die Überlegungen gegeben haben. Sie wurden wo möglich verallgemeinert.

derungstendenzen Richtung Kleinklassen, Sonderschulung und Privatschullösungen.

Wir ziehen daraus folgende Schlüsse:

- Lehrpersonen, insbesondere auch der unteren Primarschulklassen, sind stärker als bisher auf die geltenden Lehrpläne und Lernziele hinzuweisen, um subjektiven Leistungsanforderungen entgegenzuwirken.
- Lehrpersonen und Schulen sind politisch gegen den steigenden Druck Richtung Leistungsschule zu schützen.

Leistungsorientierung führt zu erhöhten Förderbedürfnissen

An einem Podiumsgespräch zum Thema: Braucht jedes Kind eine Therapie?, an dem der Autor als Referent eingeladen war, äusserte der Lehrlingsverantwortliche eines der grössten nordwestschweizer Arbeitgebers zwei in ihrer Gleichzeitigkeit verwirrende Äusserungen: Er ermunterte die zahlreichen Eltern zu mehr Gelassenheit und dazu, ihre Kinder weniger auf Leistung zu trimmen, mehr mit ihnen zu unternehmen und schulische Leistung nicht als das Mass der Dinge zu betrachten. Die darauffolgende Frage eines Vaters, ob sein Betrieb Lehrstellen an Sekundarschulabgänger des Grundniveaus vererbe, verneinte er dezidiert: Angesichts der aktuellen Marktsituation sei ein Abschluss im erweiterten Sekundarschulniveau die Mindestanforderung.

Es ist zu erwarten, dass die anwesenden Eltern alles nur Erdenkliche daran setzen und alle Fördermöglichkeiten ausschöpfen werden, um ihren Sprösslingen zumindest erweitertes Niveau zu ermöglichen.

Integrative Angebote sind attraktiver als separate

Bei der Einrichtung der Integrativen Schule wurde davon ausgegangen, dass die separativen Klein- und Sonderklassen äquivalent ersetzt würden. Eine mechanistische Gleichgewichtsvorstellung lag zugrunde: Hier Aufbau, dort Abbau. Ausdruck dieser Haltung war die Annahme, dieser Umbau könne kostenneutral erfolgen.

Dabei wurde ein Faktor massiv unterschätzt: Die Tatsache, dass ein bei den Eltern unbeliebtes Angebot (das separate) ersetzt wird durch ein bei der Elternschaft akzeptiertes: das integrative. Schulschwach zu sein wurde plötzlich insofern interessant, als dadurch zusätzliche Förderressourcen ausgelöst werden konnten, ohne dass das Kind das gewohnte Setting zu verlassen brauchte. Diese Ausgangslage hat nicht nur zusätzliche Förderbedürfnisse generiert, sie hat auch eine neue Population in die Förderung gespült: Jene Kinder nämlich, deren Eltern separate Angebote abgelehnt hatten, obschon die Kinder Förderung dringend benötigt hätten. Folgende Schlüsse können daraus gezogen werden:

- Dieser Mechanismus ist zu kommunizieren. Das ist zwar schwierig, aber trotzdem ein Gebot der Fairness gegenüber der Schule und den in der Kritik stehenden Schuldiensten.
- Aufgabe der noch vielerorts geltenden Äquivalenzvorstellung von Integrativer Schulungsform und Kleinklassen.
- Klarere Kriterien bei der Indikationsstellung: Entgegen üblicher Annahmen ist dies aber nicht in erster Linie eine Sache der Schulpsychologie: Es ist die Bildungsverwaltung als Ganzes, bzw. die Volksschule, welche Zugangskriterien zu Stützmassnahmen zu formulieren hat. Die Psychologie kann und muss bei der Formulierung behilflich sein, und diese Kriterien (wenn sie denn psychologischer Natur sind) mit psychologischer und psychometrischer Methodik überprüfen und beurteilen.

Die (heil-)pädagogische Diagnostik erweitert die die Förderbedürfnisse

Die Teilautonome Schule nimmt zunehmend in Anspruch, selber entscheiden zu können und/oder zu wollen, welche Kinder Förderung brauchen und welche nicht. Diese Tendenz ist zu begrüssen, wenn damit nicht das Kind (die psychologische Diagnostik) mit dem Bade ausgeschüttet wird. Es handelt sich dabei um einen langsam sich vollziehenden Wechsel von einer psychologisch ausgerichteten zu einer schulnahen (heil-)pädagogisch ausgerichteten Diagnostik und Indikationsstellung. Schulnahe Diagnostik ist in der Regel Förderdiagnostik. Diese führt, durchaus ihrer Natur entsprechend, zu zusätzlichen Förderbedürfnissen. Die Einführungs-klasse (EK) kann dafür als gutes Beispiel (vgl. Fussnote 1) angeführt werden:

Nachdem der Eintritt in die EK nicht mehr zwingend einer schulpsychologischen Abklärung und Empfehlung bedurfte, stieg die Zahl der EK-SchülerInnen stark an. Das Standardisierte Abklärungsverfahren² (SAV) ist dafür ein weiteres Beispiel: Zwar wird dieses nicht schulnah realisiert, aber es ist zutiefst heilpädagogisch ausgerichtet, namentlich an der International Classification of Functioning (ICF). Im Gegensatz zur vielgeschmähten selektionsdiagnostischen Praxis der IV ist das SAV heilpädagogisch und systemisch ausgerichtet und berücksichtigt explizit den familiären und den professionellen Kontext bei der Beurteilung des schulischen Bedarfs. Das mag förderdiagnostisch gerechtfertigt (und gerecht) sein – aus Sicht der Steuerung weitet sich dadurch das Feld für Förderung! Das alles spricht weder gegen das SAV noch gegen Schulnahe Diagnostik. Aber es begründet neben der bereits gestellten Forderung nach Kontingenterierung folgende Schlussfolgerung:

- Schulnahe, schulische und heilpädagogische Förderdiagnostik sind strukturell zu verknüpfen mit psychologischer und Selektionsdiagnostik.

Diagnostik und Indikationsstellung erfolgen weder personenunabhängig noch ausserhalb des Systems

Sowohl die Schulpsychologischen Dienste wie auch andere Fachstellen sind als Agenten des Bildungssystems beteiligt an der Kostenentwicklung. Allerdings ist es weniger eine individuell «weiche Haltung» der SchulpsychologInnen, welche die wichtigste Rolle spielt, sondern der Beratungsauftrag selbst, der die SchulpsychologInnen verpflichtet, «aus einer Position der Mitte zwischen individuellen Bedürfnissen und schulischen Angeboten (...) zu vermitteln»³. Dieser Auftrag kann tatsächlich in Widerspruch treten zum Bedürfnis der Mengensteuerung. Allerdings ist ihm bei näherem Hinsehen durchaus Sinn abzugewinnen: Während der Kanton in der Regel durch die Volksschulämter das ganze System zu steuern hat, hat er gleichzeitig das Interesse des Einzelnen, des Speziellen und Individuellen zu wahren. Just dies geschieht in der Regel durch die vermittelnde Arbeit der Schulpsychologischen Dienste. Was auf den ersten Blick als Widerspruch erscheint (und in Bezug auf Mengensteuerung auch ein gewisser Widerspruch ist), entpuppt sich als weitsichtige, durchaus rationale Einrichtung eines Bildungswesens, das Verantwortung

sowohl für das Ganze, wie auch für das Spezielle zu übernehmen hat. – Folgende Schlussfolgerung lässt sich damit rechtfertigen:

- Bei der Indikationsstellung ist die Berücksichtigung des Speziellen im eigentlichen Sinn des Wortes als Er-Gänzung zu betrachten und nicht als Störfaktor.

Kriterien zur Indikationsstellung

Zwischen dem Kind, das integrativ in einer Regelklasse mit zwei andern Kindern in der integrativen Förderung (IF) gefördert wird, und demjenigen, das als SonderschülerIn eine Integrationsklasse (IK) besucht, gibt es fließende Übergänge. Nicht nur der sachunkundige Beobachter wird von aussen Mühe haben, diese Kinder trennscharf voneinander zu unterscheiden. Die Wege in und Gründe für die entsprechenden Settings können völlig unterschiedlich sein.

Ein Beispiel

Ein Kind, das in der Gemeinde X wegen eines unzulänglichen professionellen Umfeldes für eine Sonderschulung in einer regional organisierten Integrationsklasse vorgesehen ist, wird in die nächstgelegene Integrationsklasse der Nachbargemeinde Y eingeteilt. Erstaunt stellen die Lehrpersonen vor Ort fest, dass dieses «Sonderschulkind» aus der Gemeinde X schulisch durchaus vergleichbar ist mit einem anderen Kind aus ihrer Gemeinde, welches keinen Sonderschulstatus beansprucht

Solche und ähnliche Beispiele sprechen nicht nur für die bereits mehrfach erwähnte Differenzierung der Indikationskriterien. Mehr noch:

- Indikationskriterien müssen nicht nur differenziert werden, sie müssen auch offen und zugänglich gemacht werden

² Das Standardisierte Abklärungsverfahren (SAV) ist ein Instrument der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) zur Vereinheitlichung des Zugangs zu Sonderschulleistungen. Für Kantone, die dem Konkordat Sonderschulung beigetreten sind, ist dessen Anwendung zwingend. Hauptanwender sind die Schulpsychologischen Dienste.

³ Zitat aus dem Leistungsauftrag des Schulpsychologischen Dienstes Basel-Landschaft. Dieser systemische Grundgedanke findet sich mutatis mutandis in zahlreichen Aufträgen der kantonalen Schulpsychologischen Dienste.

- Es ist systematisch darauf hinzuwirken, dass entsprechend dem Prinzip «Integration vor Separation» nicht die Integration, sondern die Separation begründet werden muss. Das ist sowohl eine Aufgabe der Volksschule selbst, wie auch der indizierenden Fachstellen.

Kostentreiber Integration

Aktuelle Zahlen⁴ weisen in Bezug auf die separative (Sonder-)Schulung im vergangenen Jahr erneut eine rückläufige Tendenz aus. Die Anzahl der an Privatschulen geschulten Schülerinnen und Schüler, welche die Volksschule nicht mehr zu tragen vermochte, ist seit 2009 kontinuierlich auf mehr als die Hälfte gesunken. Die Zahl der Einführungsklassen und Kleinklassen ist seit 2007 deutlich zurückgegangen. Auch die Platzierungen in stationären Einrichtungen scheinen in den letzten vier Jahren signifikant gesunken zu sein. Da trotz dieser Rückgänge die Kosten gestiegen sind, ist der wichtigste Kostentreiber in den Lektionen für integrativen Unterricht in Primar- und Sekundarschule zu suchen. Daraus lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

- Um griffige Massnahmen zu formulieren, ist eine Detailanalyse der Zahlen nötig. Bei welcher Lektionsart sind die grössten Anstiege zu verzeichnen? Wie sehen die Details und Mechanismen bei den wie kommunizierende Gefässe funktionierenden Stützangeboten aus (z.B. Verlagerung von Unterricht an Privatschulen in neue und leichter zugängliche integrative Lösungen an den Sekundarschulen)? Unterscheiden sich die Anstiege bei schulnahe indizierten gegenüber durch Fachstellen indizierten Massnahmen? Unterscheiden sich die Fachstellen in ihrer Praxis? Hängen regionale Unterschiede zusammen mit der Versorgungsdichte für andere Unterstützungsangebote? (etc.).
- Es ist zu klären, welcher Anteil der steigenden Kosten einem Preisanstieg der eingekauften Leistungen bei stationären Einrichtungen oder Privatschulen zu-

kommt und inwieweit es sich bei deren Angeboten um «Luxusvarianten» handelt.

Schülerpopulationen verändern sich

Wie stabil sind Schülerpopulationen? Wie verändern sich die Prävalenzen von Krankheitsbildern und weshalb? Wie kommt ein Phänomen wie die rasant angestiegene Diagnose der Autismusspektrumsstörung (ASS) zustande? Wie wirken sich Faktoren wie Leistungsdruck oder die Fortschritte der Neonatologie auf die Morbidität der Schülerpopulation aus? Welche Auswirkungen hat die Attraktivität des (Sonder-)schulangebots eines Kantons auf Zuzüger aus anderen grenznahen Kantonen und auf Expats (die nicht kämen, wenn gewisse Angebote nicht bestünden). Diese Fragen sind wenig untersucht und lassen folgende Schlussfolgerung zu:

- Um zu beantworten, ob der Anstieg der Förderbedürfnisse nicht auch mit einer tatsächlichen Veränderung der Schülerpopulation zu tun hat, wäre eine Antwort auf obenstehende Fragen wichtig, und zwar egal, ob die Hypothese eines Zusammenhangs bestätigt werden kann oder nicht. Die Antwort wäre wichtig für die Kommunikation gegenüber allen Playern aus Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Und allenfalls liessen sich gewisse Anstiege auch besser kommunizieren, z.B. weil damit Standortvorteile begründet werden könnten.

Ohne die Beteiligung der Schulpsychologie in Abrede zu stellen: Dem Autor war es ein Anliegen zu zeigen, dass eine Analyse der Kostenentwicklung zu kurz greift, die den diagnostizierenden Fachdiensten eine Hauptverantwortung auferlegt. Mehr noch: Sie ist gefährlich, weil sie von den entscheidenden Kostentreibern ablenkt.

Autor

Martin Brunner, Fachpsychologe für Kinder- und Jugendpsychologie
FSP / Heilpädagogie ISP.

Bis Ende 2014 Co-Präsident der Interkantonalen Vereinigung der Leiterinnen und Leiter der Schulpsychologischen Dienste (IVL-SPD/AIR-SPS),
Leiter Schulpsychologischer Dienst Basel-Landschaft

Adresse

Schulpsychologischer Dienst Basel-Landschaft
Wasserturmplatz 5, CH-4410 Liestal, m.brunner@bl.ch

⁴ Bezugsrahmen ist der Kanton Basel-Landschaft. Schweizweit werden (allerdings vom Autor nicht systematisch erhoben) ähnliche Tendenzen berichtet. Eine vorsichtige Verallgemeinerung der Schlussfolgerungen scheint erlaubt zu sein.